

Clifford Chance

Integritas e.V.

Möglichkeiten und Grenzen der Telemedizin:

Das EuGH-Urteil C-115/24 als Wendepunkt für
digitale Gesundheitsleistungen

Referent: Dr. Ulrich Reese, Clifford Chance, Düsseldorf

Vortrag am 10. Dezember 2025



Übersicht

01 Telemedizinisches Versorgungsmodell (EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24)

02 Konsequenzen auf Anwendung des § 9 Satz 2 HWG in grenzüberschreitenden Konstellationen

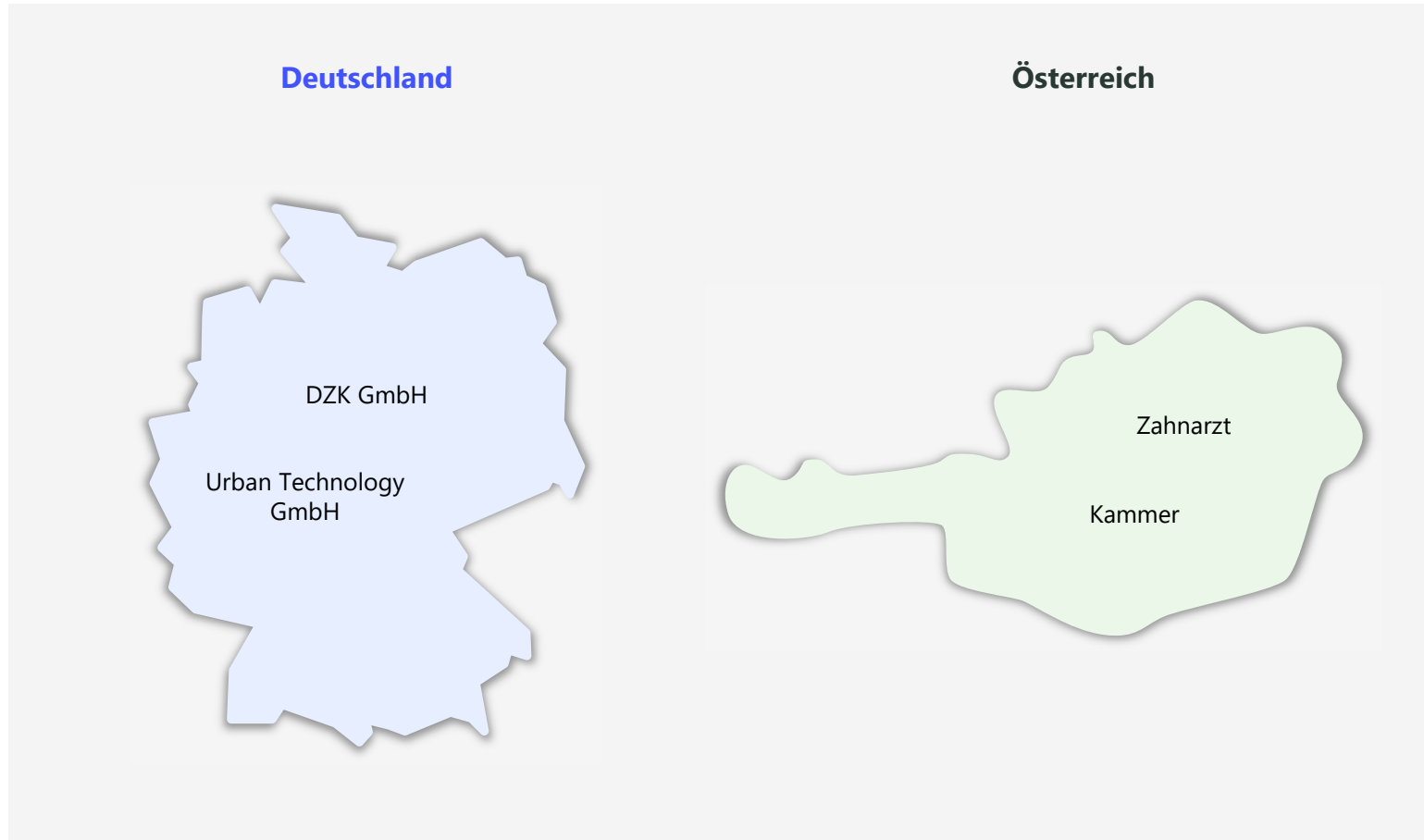
03 Fazit und Ausblick

01

Telemedizinisches
Versorgungsmodell
(EuGH, Urteil v.
11.09.2025, C-115/24)

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



DZK:

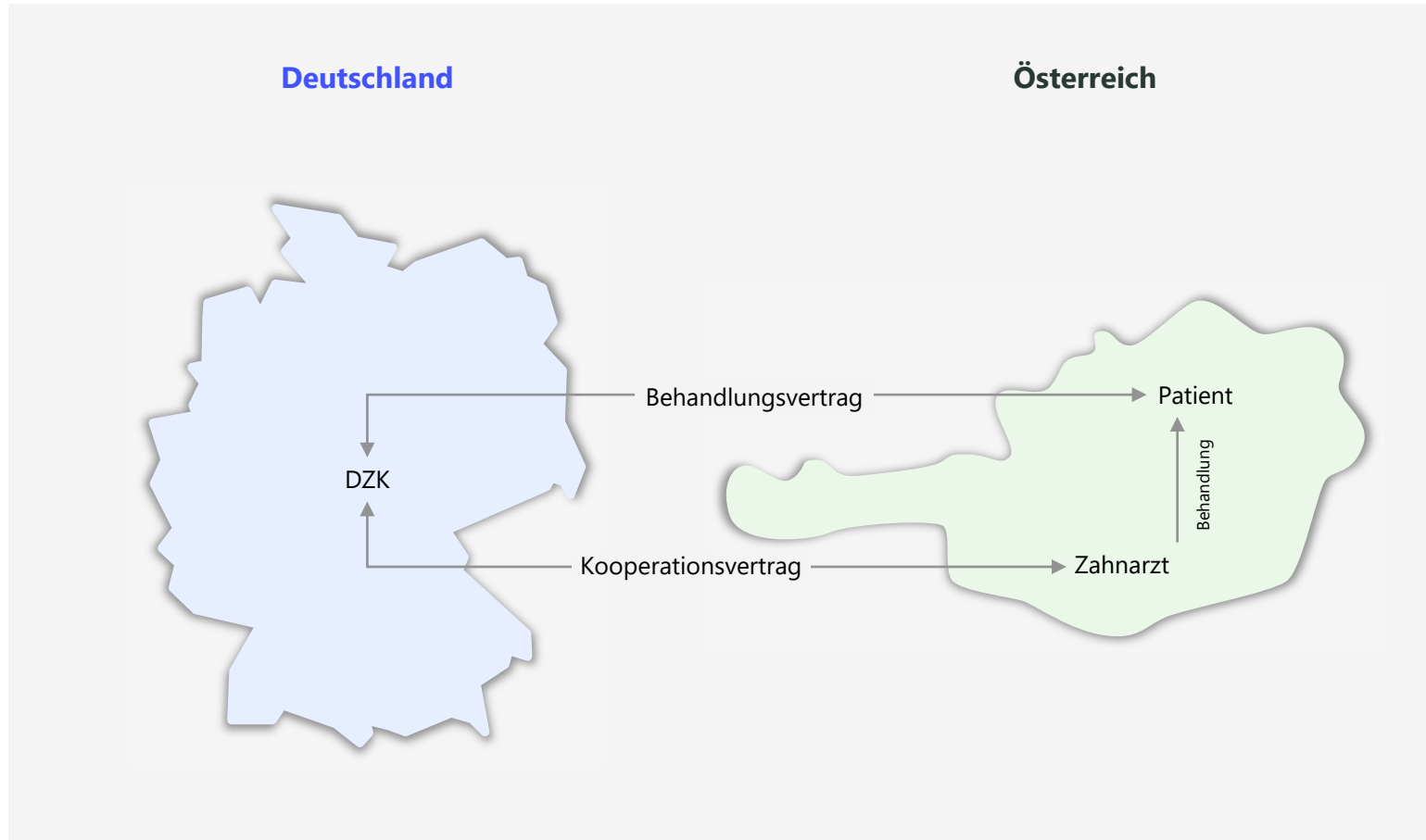
- Gesellschafter sind keine Ärzte
- Zulassung für Betrieb von Zahnkliniken
- Vertrieb von Mundzahnschienen (Aligner)

Urban Technology:

- beliefert DZK mit Aligner
- bewirbt diese im Internet
- gehört mit DZK zur selben Unternehmensgruppe

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Schritt 1

Kooperationsvertrag DZK / Partnerzahnarzt:

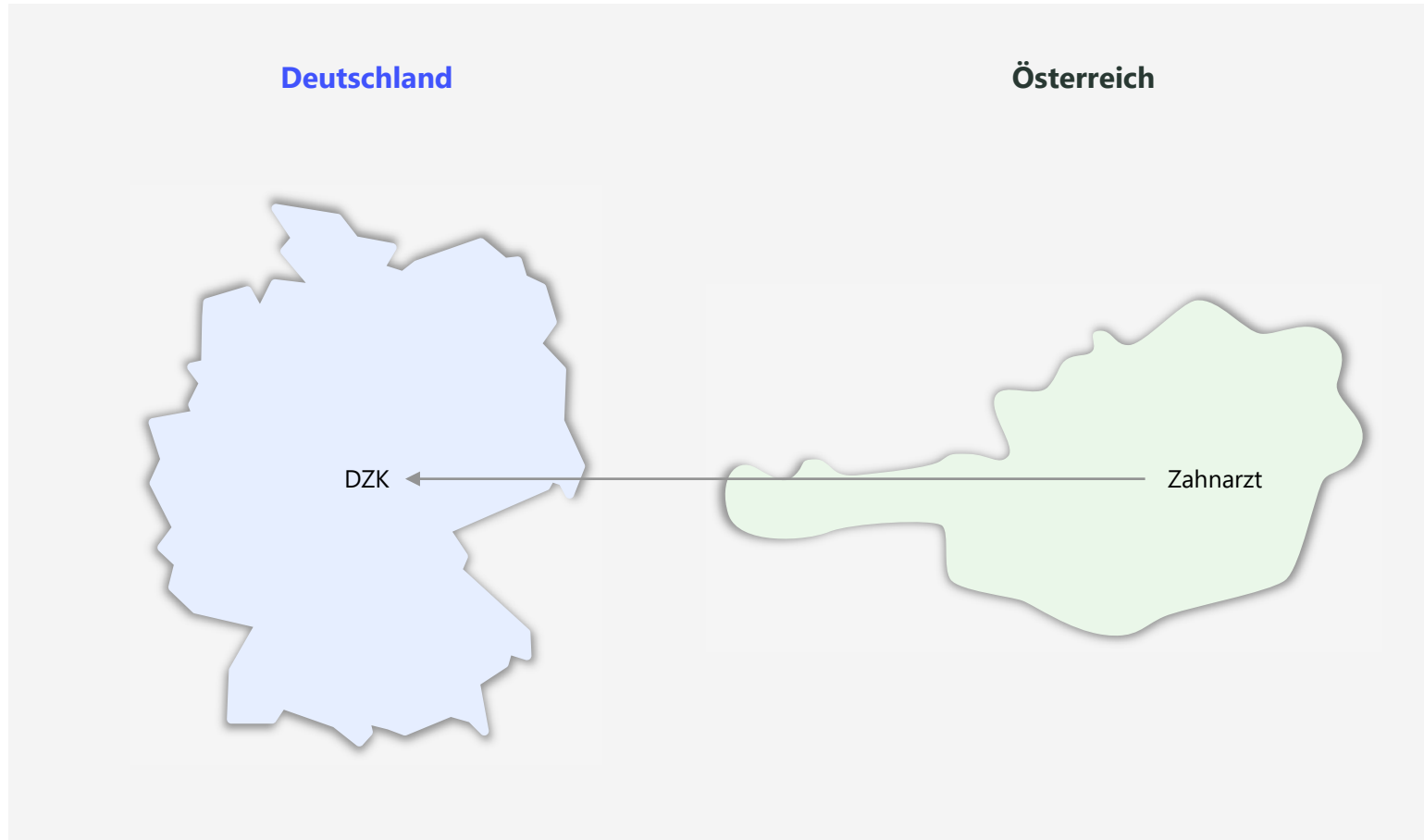
- Vergütung des Zahnarztes durch DZK
- Behandlung des Patienten durch Partnerzahnarzt

Persönlicher Kontakt:

1. Anamnese
2. Aufklärungsgespräch
3. 3D-Scan von Gebiss

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



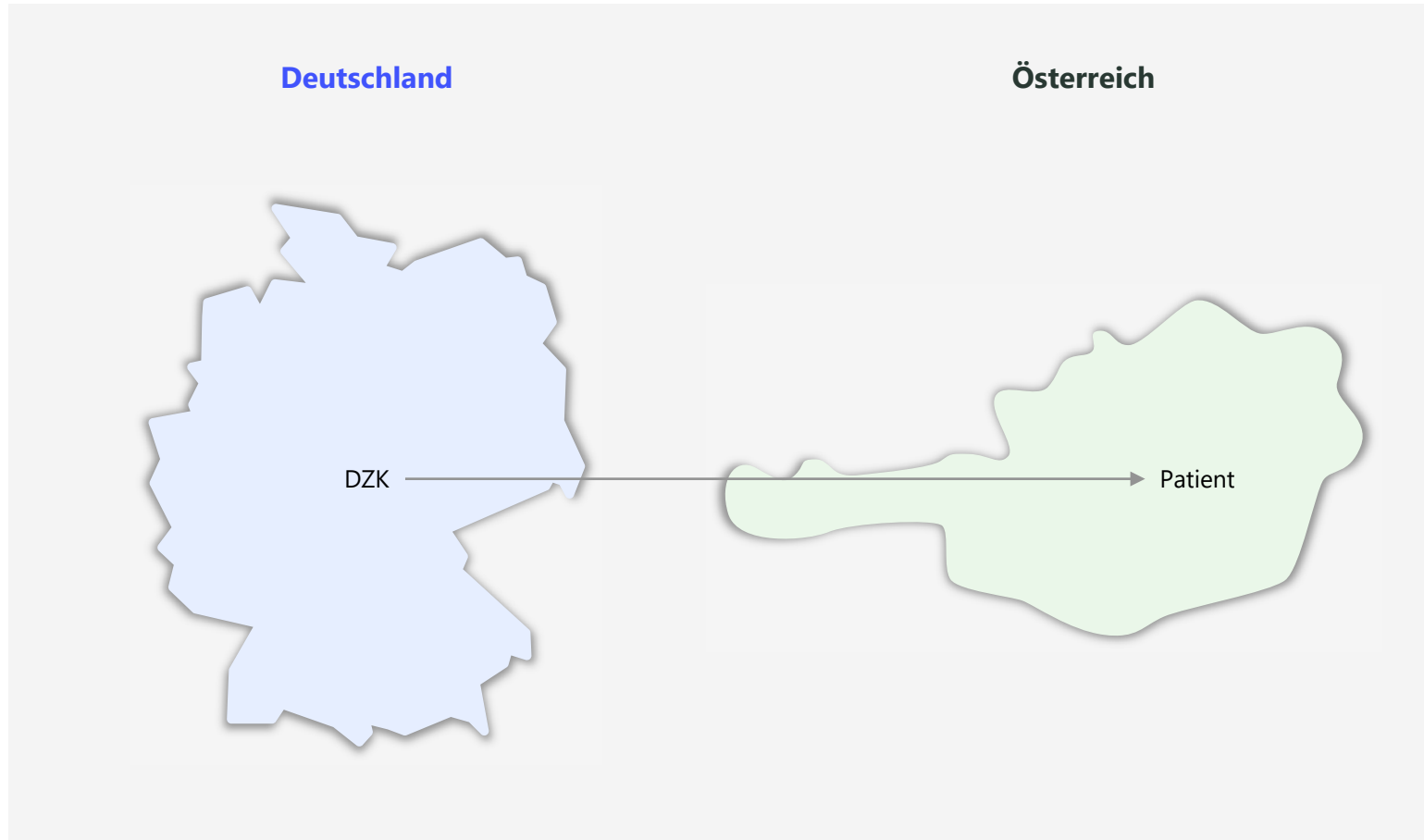
Schritt 2

Übermittlung von:

1. Bildmaterial
2. Empfehlung der Kieferregulierung

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Schritt 3

Übermittlung von:

1. Behandlungsplan
2. Preisinformationen

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Schritt 4

- Abschluss von Behandlungsvertrag
- Übermittlung der Aligner
- Weitere Betreuung per App mit regelmäßiger Übermittlung von Bildern der Zahnärzte

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Relevante Fragen

Fällt Schritt 1 der persönlichen Erstbehandlung bereits unter den Begriff der Fernbehandlung?



Antwort EuGH (Rn. 93)

Nein, da die **Fernbehandlung** auf Konstellationen beschränkt ist, in denen der **Patient nicht physisch anwesend** ist und die Behandlung ausschließlich mit Informations- und Kommunikationstechnologien erbracht wird.



Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Relevante Fragen

Welches Recht findet auf die **telemedizinischen Leistungen** der DZK Anwendung?



Antwort EuGH (Rn. 107)

Deutsches Recht, da DZK in Deutschland ansässig ist

Begründung:

- Nach Art. 4 der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung 2011/24 wird diese nach den **Regelungen des Behandlungsmitgliedsstaats** erbracht
- Nach Art. 3 d) gilt im Fall der Telemedizin die Behandlung in dem EU-Land erbracht, in dem der **Dienstleister ansässig** ist.
- Gleiches ergibt sich auch aus Art. 3 der E-Commerce-Directive 2000/31, da Qualifikationen oder Genehmigungen in den dort **koordinierten Bereich** fallen.

Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Relevante Fragen

Findet die Richtlinie über die **Anerkennung von Berufsqualifikationen** 2005/36/EG auf grenzüberschreitende Telemedizin Anwendung?



Antwort EuGH (Rn. 111)

Nein, da die maßgeblichen Regelungen der Richtlinie 2005/36/EG nur dann gelten, wenn **sich der Dienstleister in den Aufnahmemitgliedstaat begibt**.



Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



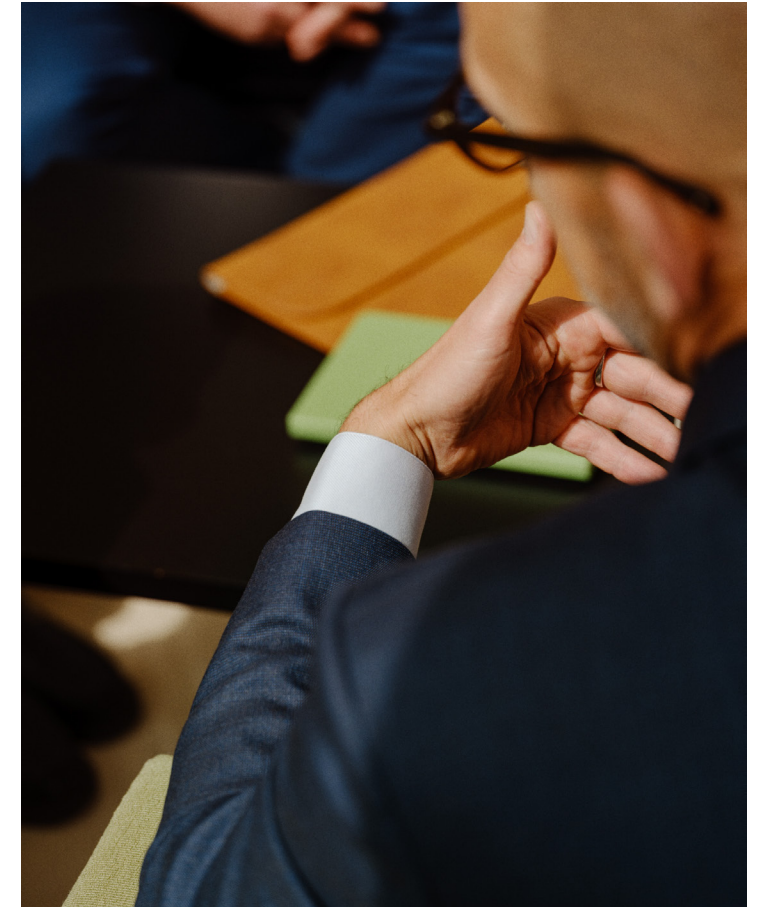
Relevante Fragen

Begibt sich die DZK nach Österreich, wenn sie dort über vertraglich gebundene „Partnerzahnärzte“ Gesundheitsdienstleistungen erbringt?



Antwort EuGH (Rn. 118)

Nein, da die **Gesundheitsdienstleistung** in Österreich nicht durch die DZK, sondern die dort **ansässigen Zahnärzte erbracht** wird.



Telemedizinisches Versorgungsmodell

EuGH, Urteil v. 11.09.2025, C-115/24



Relevante Fragen

Steht das EU-Recht den in Österreich geltenden Regelungen entgegen, wonach der **Zahnarztberuf unmittelbar und persönlich** auszuüben ist?



Antwort EuGH

Das EU-Recht steht diesen Regelungen vorliegend nicht entgegen, da diese auf die telemedizinischen Leistungen der DZK gar nicht anwendbar sind.

Anwendbar sind die in Österreich geltenden Regelungen nur **auf die Behandlungsleistungen der in Österreich niedergelassenen Ärzte**, die diese hier vollständig einhalten.

02

Konsequenzen auf
Anwendung des
§ 9 Satz 2 HWG in
grenzüberschreitenden
Konstellationen

Konsequenzen

auf Anwendung des § 9 Satz 2 HWG in grenzüberschreitenden Konstellationen

01

Anwendbarkeit

- Geltung des **Marktortprinzips**
- Richtet sich eine Werbung an den inländischen Markt, findet inländisches Recht Anwendung.

02

Bestimmung der allgemein anerkannten fachlichen Standards

- bislang h.M.:
- Maßgeblich sind die im Inland geltenden Standards, da hier auf die Patienten eingewirkt wird
- **Gleichlauf mit Marktortprinzip** (OLG München, GRUR-RR 2020, 461 und BGH, GRUR 2022, 399 ff.)



Konsequenzen

auf Anwendung des § 9 Satz 2 HWG in grenzüberschreitenden Konstellationen

Frage: Gilt dies auch bei grenzüberschreitender Fernbehandlung innerhalb der EU?

a) Nach Art. 4 lit. b) Richtlinie 2011/24 gelten bei grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung die „vom **Behandlungsmitgliedstaat** festgelegten Standards und Leitlinien für Qualität und Sicherheit“.

b) Zu diesen Standards gehört auch die Frage, ob eine **Gesundheitsversorgung im Wege der Fernbehandlung** erfolgen darf.

c) Zwar bezieht sich die EuGH-Entscheidung C 115/25 unmittelbar nur auf die **Zulässigkeit der Fernbehandlung**, nicht aber auf die Zulässigkeit der Werbung (zutreffend Braun/Tillmanns, PharmR 2025, 742 (743)).

d) **Aber:** das Werbeverbot für eine Fernbehandlung ist nach §9 Satz 2 HWG **nicht anwendbar**, wenn nach den anerkannten fachlichen Standards die **Fernbehandlung als solche zulässig ist**.

e) **Also:** das Gesetz selbst **verknüpft die Zulässigkeit der Werbung mit der Zulässigkeit der Fernbehandlung** nach den allgemein anerkannten fachlichen Standards.



Konsequenzen

auf Anwendung des § 9 Satz 2 HWG in grenzüberschreitenden Konstellationen

Steht einer Werbung für grenzüberschreitende Fernbehandlungen sonstiges EU-Recht entgegen?

a) In diese Richtung offenbar Braun/Tillmanns, PharmR 2025, 742 (744), da nach **Art. 90 a) Richtlinie 2001/83/EG** die Werbung keine Elemente enthalten dürfe, die

*„eine **ärztliche Untersuchung** (...) **als überflüssig erscheinen lassen**, insbesondere dadurch, dass sie eine Diagnose anbieten oder eine Behandlung auf dem Korrespondenzwege empfehlen.“*

b) Anders jedoch BGH. GRUR-RS 2021, 37984 (Rn. 30-36), wenn die Werbung sich auf die Fernbehandlung als solche und nicht auf ein bestimmtes Arzneimittel bezieht.

*„Eine **Werbung für eine ärztliche Fernbehandlung per App**, wie sie im Streitfall in Rede steht, fällt jedoch **nicht in den Anwendungsbereich** dieser Bestimmung“. (Rn. 31)*

*„Dem steht **nicht entgegen**, dass in der Werbung der Beklagten auch die **Behandlung mit einem Schmerzmittel und einer abschwellenden Salbe** erwähnt wird“. (Rn. 36)*

c) Zudem wird im Rahmen einer Fernbehandlung eine ärztliche Untersuchung **nicht als „überflüssig“** dargestellt, sondern lediglich **„auf anderem Wege“** erbracht, soweit dies nach den allgemein anerkannten fachlichen Standards möglich ist.

03

Fazit und Ausblick

Fazit und Ausblick

01

Bei einer grenzüberschreitende Fernbehandlung in der EU richten sich die hierfür geltenden Standards und Leitlinien für Qualität und Sicherheit nach dem Behandlungsmitgliedsstaat, in dem der Gesundheitsdienstleister ansässig ist.

02

Eine danach zulässige und im Einklang mit den dort geltenden allgemein anerkannten Standards erfolgende Fernbehandlung kann innerhalb der EU grenzüberschreitend erbracht und beworben werden.

03

Dies gilt auch dann, wenn am Sitz der Patienten strengere Regelungen und Standards zur Fernbehandlung gelten.

04

Der BGH wird seine Rechtsprechung zur Bewerbung von grenzüberschreitenden Fernbehandlungen im EU-Kontext klarstellen und präzisieren müssen.

Ich freue mich auf Ihre Fragen und Anmerkungen!



Dr. Ulrich Reese

Clifford Chance,
Königsallee 59, 40215 Düsseldorf

T: +49 211 4355 5491

E: ulrich.reese@cliffordchance.com

Clifford Chance

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Clifford Chance, Königsallee 59, 40215 Düsseldorf

© Clifford Chance 2025

Clifford Chance Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Solicitors · Sitz: Frankfurt am Main · AG Frankfurt am Main PR 2669

Die nach § 5 DDG und §§ 2, 3 DL-InfoV vorgeschriebenen Informationen finden Sie unter: cliffordchance.com/deuregulatory

cliffordchance.com